

Trennung von Lehre und Prüfung. Dies bedeutet, dass nicht mehr die Hochschulen selbst die Prüfungen organisieren, sondern für deren Organisation das Aopeng-Zentrum zuständig ist. Dieses nimmt die Verteilung der Prüfungskandidaten auf die Prüfungsorte vor und führt die Aufsicht über die Prüfungen. Vorreiter der Trennung von Lehre und Prüfung war bei den diesjährigen Prüfungen das Netzstudien-Institut der Universität Hunan (*Hunan Daxue Wangluo Xueyuan*); die übrigen Hochschulen, die Fernstudien anbieten, werden wahrscheinlich demnächst folgen.

Derzeit konzentriert sich die Reform des Fernstudiums auf drei Aspekte: die Stärkung der Dienstleistungen, die Standardisierung der Verwaltung und die Trennung von Lehre und Prüfung. Das Fernstudium soll stärker als Dienstleistung gegenüber den Studierenden gelten, d.h. abgesehen von besserer Betreuung und Hilfestellung soll der Zugang zum Fernstudium offener werden, damit möglichst viele Menschen die Chance haben, sich im tertiären Bildungssektor zu qualifizieren. Streng sollen allerdings die Prüfungen gehandhabt werden, um das Niveau zu halten. Die Ausweitung soll keinesfalls auf Kosten der Qualität erfolgen. Das Fernstudium kann nur dann eine anerkannte Alternative zum regulären Hochschulstudium sein, wenn die Qualität gewährleistet ist, heißt es. Dafür wird es als unerlässlich angesehen, das Fernstudium zu standardisieren, eine Aufgabe, mit der man gerade erst begonnen hat.

Nach Einschätzung der offiziellen chinesischen Seite birgt der Fernbildungssektor in China riesige Marktchancen, aber auch Schwierigkeiten und große Herausforderungen. In technologischer Hinsicht sieht man sich mit dem Ausland auf gleicher Stufe, aber hinsichtlich der Servicefunktionen noch lange nicht. Schon jetzt zählt Chinas Fernbildungssystem zu den größten der Welt, und dieser Bildungssektor wird in Zukunft noch stärker wachsen, insbesondere in Mittel- und Westchina, wo die Möglichkeiten, ein Hochschulstudium zu absolvieren, noch sehr begrenzt sind. (Vgl. dazu GMRB, 9.10.03, B1.) -Brunhild Staiger-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 20 Zentralbank lehnt Aufwertung und volle Konvertibilität ab

Mitte Oktober d.J. machte der Zentralbankpräsident in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua deutlich, dass China dem Druck der US-Regierung auf Aufwertung und volle Konvertibilität derzeit nicht nachgeben wird. Allerdings räumte Hu Jintao in einem Gespräch mit dem US-Präsidenten Bush am Rande der APEC-Tagung ein, dass eine gemischte Expertengruppe zu diesem Thema gegründet werden könne. Damit hat China eine gewisse Flexibilität gezeigt, ohne jedoch Zugeständnisse in der Währungspolitik gemacht zu haben. (NZZ, 21.10.03)

Der Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan wies hinsichtlich der Forderung nach einer Aufwertung darauf hin, dass viele asiatische Nachbarländer sowie Ökonomen davon ausgehen, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt für eine solche Entscheidung ist. So seien die Folge der Asienkrise noch keineswegs vollkommen in den Ländern überwunden.

Mit Bezug auf den chinesischen Überschuss im Handel mit den USA äußerte Zhou starke Zweifel, ob durch eine Aufwertung das US-Defizit wesentlich verringert werden könnte. Weiterhin wies Zhou auf die verschiedenen Politikmaßnahmen hin, um die Zahlungsbilanz zu beeinflussen, u.a. Lockerung von Investitionsbeschränkungen für chinesische Unternehmen im Ausland, Zulassung ausländischer Finanzinstitute zur Emission von RMB-Anlagen auf dem Inlandsmarkt, Erleichterungen beim Zugang zu Devisen für private Reisen und Studium im Ausland etc.

Zhou machte auch Ausführungen zur mittelfristigen Liberalisierung des RMB. Da noch viele Reformen unvollendet sind, ist Zhou zufolge die Festlegung von Prioritäten, die Abfolge von Maßnahmen und die Komplementarität mit anderen Reformen von entscheidender Bedeutung. Als Voraus-

setzungen gelten die grundsätzliche Liberalisierung des Handels, insbesondere des Dienstleistungshandels, die Aufhebung der (meisten) Restriktionen beim Kapitalverkehr sowie wesentliche Fortschritte bei der Reform der staatseigenen Banken. Da bis zum Jahre 2006 ausländische Banken unbeschränkt in RMB-Geschäften aktiv sein dürfen und damit der Marktzugang für die Auslandsbanken erleichtert ist, wird sich der Wettbewerb für die staatseigenen Banken verstärken. Die Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowie die Einführung von Mechanismen zur Risikovermeidung werden Zhou zufolge im Vordergrund bei der kommenden Reform der Banken stehen. (BBC EF, 19.10.03) -schü-

### 21 Grünes Licht für Kfz-Finanzierungen ausländischer Automobilkonzerne

Am 3.10.03 veröffentlichte die China Banking Regulatory Commission (CBRC), Chinas Bankaufsichtsbehörde, die Bestimmungen über die Autofinanzierung (Administrative Rules Governing the Auto Financing Company, Order of the China Banking Regulatory Commission, 2003, No.4, [www.fdi.gov.cn/resupload/epdf/e03244.pdf](http://www.fdi.gov.cn/resupload/epdf/e03244.pdf)).

Die Bestimmungen sind die letzte Barriere für den Aufbau von Kfz-Finanzierungsunternehmen durch ausländische Automobilkonzerne. Die Zulassung dieser Unternehmen war im Rahmen des WTO-Beitrittsprotokolls zugesagt worden, doch hat die Vorlage dieser Bestimmungen relativ lange gedauert.

Die Bestimmungen umfassen sechs Kapitel mit 42 Artikeln, die die Funktionen, die Gründungsbedingungen und Schließung von Kfz-Finanzierungsunternehmen sowie Sanktionen bei Nichtbeachtung der Vorschriften behandeln. Die Veröffentlichung von Ausführungsbestimmungen durch die CBRC steht noch aus. (XNA, 5.10.03)

Die Vorschriften legen u.a. fest, dass die Kfz-Finanzierungsunternehmen eine Genehmigung von der CBRC benötigen. Das Unternehmen, das eine Lizenz für die Autofinanzierung beantragt, kann sowohl in China als auch im Ausland registriert sein. Voraussetzung für die Genehmigung ist (Kapitel

2), dass das Unternehmen über ein Gesamtvermögen von nicht weniger als 4 Mrd. RMB (480 Mio. US\$) verfügt. Der Umsatz des Vorjahres darf nicht weniger als 2 Mrd. RMB betragen. Der Umfang des registrierten Kapitals für das Kfz-Finanzierungsunternehmen muss 500 Mio. RMB (60 Mio. US\$) ausmachen.

Theoretisch könnten die Kfz-Finanzierungsunternehmen durch attraktive Zinsangebote den Wettbewerb um Kredite bestimmen. In der Praxis werden sich die Unternehmen jedoch den staatlichen Zinsvorgaben, die für den gesamten Bankensektor gelten, anpassen müssen. Allerdings wird damit gerechnet, dass die ausländischen Unternehmen aufgrund ihrer großen Erfahrung in der Kfz-Finanzierung durchaus Einfluss auf die Marktentwicklung haben werden. (XNA, 18.10.03)

Zu den ausländischen Automobilkonzernen, die bereits bei der Vorbereitung auf die Gründung eines Kfz-Finanzierungsunternehmens sind, zählen VW, General Motors und Ford. Diese Unternehmen beliefern den chinesischen Markt mit Exporten bzw. haben dort ihre Produktionsstätten aufgebaut. Nach einer Studie der Deutschen Bank verfügte VW im Jahre 2002 noch über einen Marktanteil von 38%, General Motors jedoch schon über 9%. Die Marktanteile anderer Unternehmen (Kfz-Verkäufe nach Marken aufgeführt) beliefen sich wie folgt: Daihatsu 8%, Suzuki 7%, Citroen 7%, Honda 5%, Audi 3%, Nissan 3%, Hyundai 2% und andere Unternehmen 18%. (FT, 6.10.03)

VW versucht seit 1997, ein Kfz-Finanzierungsunternehmen aufzubauen. Das Unternehmen rechnet nun damit, dass es bis Mitte nächsten Jahres eine Lizenz erhalten kann. (NfA, 9.10.03)

Seit 1998 führen inländische Finanzinstitute die Kreditvergabe für die Finanzierung von Kfz durch. Während in den Industrieländern rd. 70% der Kfz-Käufe über ein Kfz-Finanzierungsunternehmen abgewickelt werden, beträgt dieser Anteil in China erst weniger als 20%. (XNA, 18.10.03) -schü-

## 22 Chinas EU-Positionspapier

Nachdem die EU Ende September ein China-Strategiepapier veröffentlichte, liegt nun auch das Positionspapier des chinesischen Außenministeriums zur Politik gegenüber der EU vor (siehe hierzu „EU-Kommission legt neues China-Strategiepapier vor“, in: C.a., 2003/9, Ü 20). Das Dokument der chinesischen Seite besteht aus drei Teilen, und zwar 1) Status und Rolle der EU, 2) Chinas EU-Politik sowie 3) Stärkung der Kooperation zwischen China und der EU in allen Bereichen, aufgeteilt in a) politische und b) wirtschaftliche Aspekte sowie c) Bildung, Wissenschaft und Technologie, Kultur, Gesundheit und andere Aspekte, d) soziale, rechtliche und administrative Aspekte und e) militärische Aspekte (s. das Dokument im hinteren Teil dieses Heftes).

Die Teile 1) und 2) nehmen in dem 10-seitigen Dokument lediglich 1,5 Seiten ein und heben die wirtschaftliche Bedeutung der EU, den EU-Integrationsprozess und die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen hervor. Die Stärkung der Beziehungen zwischen China und der EU wird als wichtige Komponente der Außenpolitik Chinas bezeichnet. China verfolgt eine langfristige, stabile und volle Partnerschaft mit der EU. Das Dokument führt folgende Politikziele gegenüber der EU auf:

- Förderung einer verlässlichen und stetigen Entwicklung der China-EU-Beziehungen im Rahmen der Prinzipien des gegenseitigen Respekts, gegenseitigen Vertrauens und der Verständigung trotz Unterschieden, und des Beitrags zum Weltfrieden und zur Stabilität.
- Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und der EU im Rahmen der Prinzipien des gegenseitigen Vorteils, der Reziprozität und Konsultationen auf einer gleichberechtigten Basis sowie Förderung der gemeinsamen Entwicklung.
- Ausweitung der kulturellen Beziehungen zwischen China und der EU und Intensivierung der

Kontakte zwischen den Menschen im Rahmen des Prinzips des gegenseitigen Nacheifers, gemeinsamen Wohlstands und Komplementarität sowie der Förderung der kulturellen Harmonie und des Fortschritts in Ost und West.

Die im Teil 3) aufgeführten politischen Aspekte umfassen:

- Stärkung des hochrangigen Austausches und politischen Dialogs.
- Strikte Beachtung des Ein-China-Prinzips.
- Ermutigung der Kooperation der EU mit Hongkong und Macau.
- Förderung des Verständnisses der EU zu Tibet.
- Fortsetzung des Menschenrechtsdialoges.
- Stärkung der internationalen Kooperation.
- Förderung des gegenseitigen Verständnisses chinesischer und europäischer Rechtsorgane.
- Intensivierung des Austausches zwischen politischen Parteien in China und der EU.

An dieser Stelle soll näher auf die im Teil 3) genannten wirtschaftlichen Aspekte eingegangen werden. Im Dokument werden in diesem Zusammenhang sieben Bereiche angesprochen, wobei der erste Bereich aufgrund seiner herausragenden Bedeutung im Folgenden detailliert dargestellt wird:

1. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel: Hier geht China von der Entwicklung einer dynamischen, langfristigen und stabilen wirtschaftlichen Kooperation und des Handels aus und erwartet, dass die EU Chinas größter Partner im Außenhandel und bei den Investitionen werden wird. Um dieses Ziel zu erreichen, werden im Dokument folgende Maßnahmen und Politikansätze aufgeführt:

- Nutzung des gemeinsamen Komitees für Wirtschaft und Handel und Intensivierung des politischen Dialogs zu Fragen von Wirtschaft und Handel; Aufdatierung des bilateralen Abkommens über Handel und wirtschaftliche Kooperation zu angemessenen Zeiten; Diskussion über die Restriktionen und

technischen Barrieren im Handel, Lockerung der Restriktionen bei Hightech-Exporten und Erschließung des enormen Potenzials der technologischen Kooperation und des Handels in Übereinstimmung mit den WTO-Regeln; Behandlung Chinas als volle Marktwirtschaft so schnell wie möglich; Reduzierung und Aufhebung von Anti-Dumping und anderen diskriminierenden Politiken gegenüber China; vorsichtige Anwendung des Transitional Product-Specific Safeguard Mechanism (TPSSM); Kompensation der chinesischen Seite für die wirtschaftlichen Verluste und den Handelsrückgang, der durch die EU-Erweiterung eintritt.

- Stärkung der China-EU-Kooperation in den neuen WTO-Verhandlungsrunden und enge Zusammenarbeit, um den Erfolg der Verhandlungen zu erreichen.
- Stärkung des Dialogs über Investitionen, Unterstützung des Aufbaus bilateraler Institutionen für die Investitionsförderung; Ermutigung und Vorgabe von Richtlinien für Investitionen von Unternehmen auf beiden Seiten; Stärkung der Kooperation zwischen kleinen und mittleren Unternehmen; Entwicklung von Veredlungshandel, Vertragshandel und Kooperation im Bereich Arbeitskräfteeinsatz sowie Ermutigung von transnationalen Unternehmensoperationen und internationalisierter Produktion.
- China heißt mehr Entwicklungshilfe der EU willkommen, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz, Armutsreduzierung, öffentliche Gesundheit und Bildung. Auch eine stärkere Rolle bei der Entwicklung von Humankapital, insbesondere bei der Fort- und Ausbildung in der Zentral- und Westregion sowie beim Aufbau von Kapazitäten für die Beteiligung in multilateralen Handelsregimen ist erwünscht.
- Intensivierung der Kooperation in den Bereichen Qualitätskon-

trolle, Inspektion und Quarantäne; Aufbau angemessener Konsultationsmechanismen.

- Stärkung der Kooperation der Zollbehörden und Abschluss einer Zollvereinbarung zwischen China und der EU.

Im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit (Unterpunkt 2) schlägt China in dem Dokument die Einrichtung eines hochrangigen Dialogs über Fragen der Finanzsektorentwicklung vor, die Ausweitung der Zusammenarbeit der Zentralbanken und die Vertiefung der Kooperation zur Verhinderung und Lösung von Finanzkrisen, Vermeidung von Geldwäsche etc. Angesprochen wird auch die Frage der Zusammenarbeit im Versicherungswesen und bei der Entwicklung eines Rechtsrahmens für den Wertpapiermarkt. Im Bereich der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit (Unterpunkt 3) wird vor allem die engere Kooperation von Forschungsinstitutionen, Universitäten und Unternehmen hervorgehoben, die insbesondere auch den Regionen in Zentral- und Westchina zugute kommen soll. Die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt (Unterpunkt 4) soll sich auf Fragen der Umweltgesetzgebung, Klimawandel, Schutz der Bio-Vielfalt, Handel- und Umweltfragen konzentrieren. Auch die Kooperation im IT-Sektor wird im Dokument (Unterpunkt 5) angesprochen. Hier soll der Mechanismus der EU-Arbeitsgruppe zur Informationsgesellschaft gestärkt werden. Ein wichtiger Aspekt der Zusammenarbeit wäre die „Digital Olympics“. Weitere Bereiche sind die Zusammenarbeit bei Energiefragen sowie im Transportsektor.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es sich bei dem Strategiepapier der chinesischen Seite um eine umfassende Abbildung der Kooperationsmöglichkeiten handelt, die von der Vision einer engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit ausgeht. Im Zentrum steht dabei die Vorstellung, dass die EU der wichtigste Handels- und Investitionspartner Chinas werden könnte. Derzeit ist die EU Chinas drittgrößter Handelspartner; für die EU wurde China im Jahr 2002 zum zweitwichtigsten Handelspartner außerhalb der EU. Einige Punkte in der Strategie erscheinen allerdings noch

stark diskussionswürdig zu sein. So ist es beispielsweise fraglich, ob eine Kompensation für die möglichen Verluste Chinas, die durch die EU-Erweiterung auftreten, kompensiert werden sollten.

Bemerkenswert ist, dass dies das erste Strategiepapier zu den Beziehungen zur EU ist, und damit die Bedeutung offensichtlich wird, die China der Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit einräumt. Hintergrund hierfür ist wohl das Bemühen, ein Gegengewicht zu den Beziehungen mit den USA zu schaffen, die gerade auch im Augenblick aufgrund des enormen Drucks, den die US-Regierung auf die chinesische Währungspolitik ausübt, angespannt sind.

Unkritisch ist allerdings auch die EU nicht gegenüber Chinas Handels- und Währungspolitik. So betonte Pascal Lamy im Oktober im Namen der EU, dass eine Einhaltung der WTO-Zugeständnisse erwartet wird. Hierbei verwies er u.a. auf die Öffnung des Telekommunikationsmarktes. Aber auch hinsichtlich des Wechselkurses des RMB vertritt Lamy die US-Position, dass der RMB unterbewertet ist. Andererseits schlug Lamy einen Währungskorb vor, in dem nicht nur der US-Dollar, sondern auch der Euro und der Yen als Referenzwährung zu finden ist. (AWSJ, 31.10.03) -schü-

### 23 ASEAN Wirtschafts- und Investitionsgipfel: China betont Wirtschaftskooperation

Anfang Oktober d.J. fand auf Bali/Indonesien der erste Wirtschafts- und Investitionsgipfel der ASEAN statt. Ministerpräsident Wen Jiabao hielt dort einen Vortrag über „China's Development and Asia's Rejuvenation“. Der Tenor seiner Rede und der anschließenden Angebote zu einer verstärkten Wirtschaftskooperation war klar: Die chinesische Regierung bemüht sich darum, ein harmonisches Verhältnis zu seinen Nachbarn zu haben und ihnen die Angst vor Chinas wachsender weltwirtschaftlicher Bedeutung zu nehmen.

Wen Jiabao betonte in seiner Rede, dass sich Chinas schnelle Wirtschaftsentwicklung positiv auf die asiatische

Region auswirken wird. So seien damit Chancen und erhebliche Vorteile für jedes asiatische Land verbunden, und die Wirtschaftsentwicklung Chinas werde Beiträge zum Frieden und zur Entwicklung in Asien leisten.

Als Gründe für die positiven Wirkungen nannte Wen Jiabao: 1) Chinas Entwicklungsstrategie basiere darauf, die Entwicklung, Modernisierung, den Frieden und die Stabilität in Asien zu fördern. Die Komponenten seien dabei „gute Nachbarschaft“, „Frieden mit den Nachbarn“ und „Wohlstand für die Nachbarn“. Chinas Wirtschaftsentwicklung bringe 2) realistische und langfristige Vorteile für jedes asiatische Land, der Markt werde vergrößert und mehr Geschäftsmöglichkeiten würden entstehen. Derzeit liege das jährliche Wachstum der Importe aus den ostasiatischen Ländern doppelt so hoch wie das Wachstum des globalen Handels. In den letzten vier Jahren seit dem Ausbruch der Asienkrise habe die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Importe Chinas aus den ASEAN-Ländern bei 25,7% gelegen. Chinas Direktinvestitionen in diesen Ländern erhöhe sich um 20% pro Jahr. Wen hob auch die Bedeutung der finanziellen Stabilität hervor, die durch den stabilen Wechselkurs der chinesischen Währung unterstützt werde. Weiterhin wirke Chinas schnelle Wirtschaftsentwicklung 3) als Unterstützung des Friedens, insbesondere der regionalen Stabilität. (BBC EF, 7.10.03)

In einer gemeinsamen Erklärung der ASEAN und China, wird nicht nur die Verbesserung der politischen Beziehungen hervorgehoben, sondern auch die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Kooperation beziehe sich vor allem auf die Bereiche Landwirtschaft, Informations- und Telekommunikationssektor, Entwicklung von Humankapital, Investitionen, und Entwicklung der Mekong-Region. Als wichtigen Schritt der wirtschaftlichen Annäherung wird das im Jahre 2002 abgeschlossene „Framework Agreement on Comprehensive Economic Cooperation between ASEAN and China“ hervorgehoben, mit dem der Prozess der ASEAN-China Free Trade Area und der bilateralen Zusammenarbeit beschleunigt wurde.

In der gemeinsamen Erklärung wird dazu aufgefordert, die Stärken der jeweiligen Märkte zur Geltung kommen zu lassen und die schnelle Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter zu fördern. Ziel sei die Ausweitung des gemeinsamen Handelsvolumens auf rd. 100 Mrd. US\$ bis zum Jahre 2005. Weiterhin sollen die Gespräche über die ASEAN-China Free Trade Area verstärkt werden, um dieses Ziel bis zum Jahre 2010 zu erreichen. Die bisherigen Schwerpunktfelder der wirtschaftlichen Kooperation sollen weiter verfolgt werden.

Im Bereich der Kooperation bei sozialen Fragen weist die Erklärung auf die Zusammenarbeit bei SARS hin und auf die damit verbundene Intensivierung im Bereich öffentliche Gesundheit. Hierfür soll ein spezieller Fonds eingerichtet werden. Darüber hinaus ist eine Stärkung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Bildung und Kultur vorgesehen. (BBC EF, 8.10.03)

Der Ausweitung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen dient auch der Vorschlag Chinas, im Jahre 2004 in der Stadt Nanjing eine ASEAN EXPO zu organisieren. (BBC EF, 8.10.03)

---

## Binnenwirtschaft

---

### 24 Hohes Wirtschaftswachstum bis zum 3. Quartal 2003

Nach einem Bericht des Staatlichen Statistikamtes verzeichnete die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im 3. Quartal zwar die höchste Wachstumsrate seit Jahren, doch könne nicht von einer Überhitzung der Wirtschaft gesprochen werden. Während die Investitionen sehr schnell zugenommen hätten, sei die Preisentwicklung und der private Konsum eher langsam gewachsen. Die konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft mit dem Begriff „überhitzt“ zu belegen, würde die komplexe Situation nicht zufrieden stellend beschreiben.

Nach Einschätzung des Statistikamtes erhole sich die Wirtschaft unerwartet schnell von den negativen Folgen der

SARS-Epidemie. Von der Krankheit waren 5.327 Personen betroffen gewesen; 349 Menschen sind gestorben. Der stellvertretende Direktor des Statistikamtes Qiu Xiaohua geht davon aus, dass durch SARS nur ein Wachstumsrückgang in Höhe von 0,8% zu erwarten sein wird. (XNA, 17.10.03)

Die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission forderte allerdings Maßnahmen, um die überhitzte Entwicklung in einigen Industriebranchen wie Stahl-, Aluminium-, Zement- und Kfz-Industrie abzubremsen. Sollte das nicht geschehen, wären negative Entwicklungen für die Gesamtwirtschaft zu befürchten. In dieser Stellungnahme spiegelt sich die Sorge wider, dass die sehr hohen Investitions- und Outputzuwächse die konjunkturelle Entwicklung destabilisieren könnten. (FT, 24.10.03) Auch Qu Hongbin von der HSBC in Hongkong weist auf die extrem hohen Investitionszuwächse und die überhitzte Nachfrage bei Eisen, Stahl, Kohle, Aluminium, Zink und anderen Rohstoffen hin. (FT, 18./19.10.03) Nach Einschätzung einer Reihe chinesischer und ausländischer Experten wächst Chinas Wirtschaft derzeit sogar noch deutlich schneller als dies die offiziellen Wachstumsraten ausweisen. (FT, 9.10.03)

### BIP-WACHSTUM:

Im 3. Quartal lag das BIP-Wachstum bei 9,1% und stellt damit eine drastische Erhöhung gegenüber der 6,7%igen Wachstumsrate bis Juni d.J. dar. Das Staatliche Statistikamt rechnet damit, dass für das gesamte Jahr ein Wachstumstempo von rd. 8,3% erwartet werden kann. In den ersten drei Quartalen lag die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate bereits bei 8,5%.

Regional fiel das Wachstum wiederum unterschiedlich aus. Shanghai lag mit einer Wachstumsrate von 11,9% bis Ende September im Vergleich zu anderen Regionen deutlich vorn.

### INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG:

Von Januar bis September stieg die industrielle Wertschöpfung um insgesamt 16,5% und lag damit um 4,3 Prozentpunkte höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Seit 1995 wurde damit das höchste Wachstum im Industriesektor erzielt.